

16. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Mai 2017

– Drucksache 16/2089

**Bericht der Landesregierung nach § 7 Absatz 3 Gesetz zur
Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Mai 2017 – Drucksache 16/2089
– Kenntnis zu nehmen.

01. 06. 2017

Der Berichterstatter:

Daniel Born

Die Vorsitzende:

Gabi Rolland

Bericht

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beriet die Mitteilung der Landesregierung vom 16. Mai 2017, Drucksache 16/2089, in seiner 9. Sitzung am 1. Juni 2017.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft führte aus, gemäß § 7 Absatz 2 des vom Landtag im Jahr 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg (KSG BW) strebe das Land bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutral organisierte Landesverwaltung an. Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, müssten vorangetrieben werden.

Gleichzeitig müsse die Landesregierung gemäß § 7 Absatz 3 KSG BW alle drei Jahre einen Gesamtbericht zum Stand der Umsetzung dieses Konzepts vorlegen. Ausgehend von einer 2014 erarbeiteten Startbilanz mit Emissionsdaten aus den Jahren 2010 bis 2012 liege jetzt der erste umfassende Bericht der Landesregierung vor.

Ausgegeben: 20. 06. 2017

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Der Bericht umfasse Daten zu den wesentlichen Treibhausgasemissionen der Landesverwaltung bis zum Jahr 2015 im Bereich der Liegenschaften, dazu gehörten Verwaltungsgebäude, Universitäten, Hochschulen sowie Anmietungen. Des Weiteren beinhalte der Bericht das Thema „Mobilität und Dienstreisen“ sowie die Entwicklungen in weiteren, für die Klimabilanz der Landesverwaltung relevanten Bereichen wie beispielsweise den Sektoren Beschaffung/Green IT sowie Ernährung/Angebote in Kantinen und Mensen.

Wenig erfreulich und für ihn überraschend sei der starke Anstieg der durch Flüge verursachten Emissionen von 26 967 t CO₂ im Jahr 2010 auf 41 028 t CO₂ im Jahr 2015, also ein Anstieg um insgesamt knapp 15 000 t CO₂. Das entspreche einer Zunahme um 52 %. Als Grund für die Zunahme der Flugreisen könne vor allem die fortschreitende Globalisierung und Internationalisierung in den letzten Jahren genannt werden. Die Hochschulen, Universitäten und internationalen Einrichtungen verantworteten geschätzt etwa 80 % der in dem Bericht angegebenen Emissionen aus Flügen. Die Reisetätigkeit habe dort aufgrund der Internationalisierung stark zugenommen.

Es müsse verstärkt hinterfragt werden, ob Alternativen für Flugreisen in Betracht kämen. Seit mehreren Jahren gebe es für die Landesregierung die Regelung, die durch Flugreisen entstehenden CO₂-Emissionen zu kompensieren. Im Mai 2017 sei ein Beschluss gefasst worden, der vorsehe, dass neben den Ministerien auch die nachgeordneten Behörden sowie die Universitäten und Hochschulen flugbedingte Emissionen ausgleichen könnten. Bisher laufe dies auf freiwilliger Basis; im Finanzministerium gebe es allerdings Überlegungen, verbindliche Regelungen einzuführen, auch für die Hochschulen. Die finanziellen Auswirkungen könnten möglicherweise mit entsprechenden Mitteln des Finanzministeriums abgedeckt werden. Dies als „Ablasshandel“ zu bewerten, halte er für falsch.

Es werde auch künftig in den einzelnen Bereichen nicht vermeidbare CO₂-Emissionen geben. Es sei sinnvoll, an einem Standort anfallende Emissionen auszugleichen, indem an einem anderen Standort Emissionen reduziert oder vermieden würden. Das Entscheidende sei die Gesamtbilanz. Seines Erachtens werde das Thema Kompensation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten an Bedeutung zunehmen.

Der größte Anteil der CO₂-Emissionen entfalle auf die Liegenschaften des Landes. Der Anteil der Emissionen habe sich hier von 88 % (rund 650 000 t CO₂) im Jahr 2010 auf 82 % (rund 420 000 t CO₂) im Jahr 2015 reduziert. Der prozentuale Anteil der CO₂-Emissionen im Mobilitätssektor sei dagegen in diesem Zeitraum gestiegen.

Ein Großteil der Reduktion der CO₂-Emissionen könne auf die Umstellung der Strombezugsverträge auf Ökostrom zurückgeführt werden. Die CO₂-Emissionen seien dadurch um 53 % gesunken, von ca. 289 000 t CO₂ im Jahr 2010 auf ca. 136 000 t CO₂ im Jahr 2015. Hierbei handle es sich allerdings um einen Einmaleffekt.

In Zukunft müsse sich verstärkt dem Sektor „Wärme und Kälte“ gewidmet werden. In diesem Sektor sei in den letzten Jahren eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 19 % erfolgt, vor allem durch die Sanierung von Bestandsgebäuden. Da rund 70 % der Landesgebäude vor dem Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1977 errichtet worden seien, müsse in diesem Bereich immer noch viel getan werden.

Des Weiteren werde es einen Flächenzuwachs im Bereich der Landesverwaltung geben müssen, da beispielsweise durch die Einführung zusätzlicher Studienplätze auch mehr Fläche benötigt werde. Es sei notwendig, im Neubausektor so effizient wie möglich zu arbeiten.

Bei der Bahn habe es eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 85 % gegeben, auch wenn die Menge an ausgestoßenem CO₂ im Vergleich zu den anderen Emissionsquellen der Landesverwaltung gering sei. Auch hier sei der Grund die Umstellung des bezogenen Stroms auf Ökostrom. Allerdings handle es sich hierbei ebenfalls um einen Einmaleffekt.

In der Summe sei eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 29 % erfolgt. Da die genannten Einmaleffekte einen großen Anteil an den im Vergleich zu 2010 niedrigeren CO₂-Emissionen gehabt hätten, werde es sich in den nächsten Jahren schwieriger gestalten, die CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren. Die Anstrengungen der letzten Jahre müssten daher auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Ein Abgeordneter der CDU merkte an, auch wenn Baden-Württemberg global betrachtet nur für einen sehr geringen Teil der Emissionen verantwortlich sei, habe das Land eine Vorbildfunktion für die baden-württembergischen Städte und Gemeinden, Privathaushalte sowie Unternehmen und müsse das Thema Klimaschutz daher sehr ernst nehmen. Es handle sich um eine langfristige Aufgabe, die noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen werde, einiges müsse noch nachgearbeitet werden. Wichtig sei jedoch, die Erfolge in den Vordergrund zu stellen.

Ihn interessiere die konkrete Umsetzung des Ziels einer klimaneutralen Landesverwaltung im Umweltministerium sowie die Möglichkeiten, andere Ministerien und die Landesregierung in ihren Zielen zu unterstützen. Er frage, ob es weitere Regelungen gebe, die bis zum nächsten Bericht im Jahr 2020 umgesetzt werden sollten.

Ein wichtiges Thema für die kommenden zehn bis 20 Jahre werde das Thema „Wärmedämmung und Sanierung“ sein. Im Rahmen der Energietechnik habe sich schon vieles getan, die Sanierung der Gebäude, die vor den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts gebaut worden seien, sehe er aber als eine langfristige Aufgabe an.

Insgesamt könne er feststellen, dass Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg sei, aber auch in Zukunft kontinuierlich an seinen Klimaschutzzielen arbeiten müsse. Trotz aller internationalen Debatten sei Klimaschutz notwendig und die Erfüllung der gesteckten Ziele die Aufgabe Baden-Württembergs für die kommenden Jahre.

Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, er halte es für wichtig, dass in dem Bericht nicht nur Statistiken, sondern auch Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Bereich der Landesverwaltung genannt worden seien. Es gebe eine Vielzahl von Maßnahmen, die von den Grünen auch unterstützt würden.

Thema Gebäude: Er sehe es positiv, dass auf einheitliche Standards in Bezug auf das Energiemanagement von Gebäuden geachtet werde. Ein Controlling der Kosten und Energieeinsparungen helfe, einen Überblick zu erhalten und geeignete Maßnahmen zur Gebäudesanierung zu entwickeln. Im Bereich der Hochbauverwaltung sei immer noch das Intracting ein großes Thema. Er halte es dagegen für richtig, auf Contracting zu setzen und wünsche sich ein verstärktes Energieeinspar-Contracting. Das Know-how, das ein externer Contractor mitbringe, könne zu einer Beschleunigung der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen führen.

Beim Thema Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) spielten die Nahwärmenetze eine entscheidende Rolle im Zusammenhang mit den teilweise sehr großen Landesliegenschaften. Der Fokus sollte auf die entsprechenden Ausbau- und Verbesserungsmaßnahmen gerichtet werden. Wichtig sei auch, den Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung bei den Landesliegenschaften auszubauen, der momentan bei etwa 10 % liege.

In dem Bericht der Landesregierung sei angegeben, dass auf Gebäuden des Landes eine Fläche von 63 000 m² für Fotovoltaikanlagen genutzt werde. Dies sehe er positiv, und er bitte darum, dass der Ausbau der Fotovoltaik weitergeführt werde. Inwieweit Potenziale vorhanden seien, hänge allerdings sehr stark von der Gebäudestruktur ab.

Thema Mobilität: Eine bundesweite Studie zeige, dass der CO₂-Ausstoß gestiegen sei, sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland insgesamt. Die CO₂-Emissionen, die durch den landeseigenen Fuhrpark verursacht würden, seien immer noch zu hoch; er unterstütze daher die geplanten strengeren Vorgaben der EU. Besonders der Anstieg der durch Flugreisen verursachten Emissionen sei kritisch. Auch wenn er nicht beurteilen könne, welche Flüge sinnvoll seien und welche

nicht, stelle er die Frage, ob es notwendig sei, dass Mitarbeiter der Landesverwaltung für Reisen innerhalb Deutschlands das Flugzeug nähmen statt beispielsweise die Bahn zu nutzen. Möglich sei auch der verstärkte Einsatz von Telearbeit. Er bitte das Ministerium, innerhalb der Ministerien darauf hinzuwirken.

Auf sehr kurzen Strecken könnten Dienstfahrräder statt Pkws genutzt werden. Das Verkehrsministerium plane, dies über die Landesinitiative Elektromobilität III zu fördern. Er unterstütze das Vorhaben; gerade innerhalb der Verwaltung gebe es kurze Wege, für die E-Bikes angeschafft werden könnten.

Das Mobilitätsmanagement werde in Zukunft eine ganz entscheidende Rolle spielen. Ein Etappenziel sei durch die Einführung des Jobtickets erreicht worden. Die ersten Zahlen sehe er positiv, die Anzahl der Mitarbeiter, die vom Auto auf die Bahn umstiegen, sei gestiegen. Die Grünen setzten sich dafür ein, den Nutzerkreis für das Jobticket innerhalb der Landesverwaltung zu erweitern.

Bei den Maßnahmen und Zielen im Bereich Energie sei das Hocheffizienzpumpen-Programm als eine der Maßnahmen aufgelistet worden. Er frage, ob es diesbezüglich schon Erfahrungen gebe. Es habe eine öffentliche Kampagne durch das Ministerium zu diesem Thema gegeben, die aber seines Erachtens wieder etwas zurückgefahren worden sei. Er wolle wissen, ob hier über Anreize ein Erfolg habe erreicht werden können.

In Bezug auf die erneuerbaren Energien und KWK seien in dem Bericht der Landesregierung viele Maßnahmen aufgelistet, die innerhalb der Landesverwaltung umgesetzt werden könnten; dazu gehörten u. a. die Solarthermie, Nahwärmenetze, KWK. Er sage dies auch in Bezug auf die Bemerkungen eines Abgeordneten der AfD zu einem vorherigen Tagesordnungspunkt, dass Baden-Württemberg außer Wind nicht viel zu bieten habe. Diese Aussage empfinde er als zu pauschal und verkürzt dargestellt.

Ein Abgeordneter der SPD lege dar, der Minister habe mit seiner Darstellung gezeigt, dass noch gewaltige Herausforderungen zu meistern seien. Zum Thema Flugverkehr habe sein Vorredner schon einiges angemerkt. Die durch den Flugverkehr verursachten CO₂-Emissionen seien um 52 % gestiegen und machten 8 % der CO₂-Emissionen der Landesverwaltung im Jahr 2015 aus. Der Minister habe ausgesagt, dass 80 % der durch Flüge verursachten Emissionen auf die Hochschulen entfielen. Ihn interessiere, welcher Anteil auf die Landesregierung falle und wie hoch der Zuwachs dort sei, um je nach Entwicklung die entsprechenden Maßnahmen daraus ableiten zu können.

Zum Thema Fotovoltaik sei in dem Bericht ausgeführt, dass auf Gebäuden des Landes eine Fläche von 63 000 m² für Fotovoltaikanlagen genutzt werde. Er frage, wie groß dieser Anteil prozentual im Vergleich zur gesamten Fläche, die das Land für Fotovoltaikanlagen nutzen könne, sei, welches Potenzial noch genutzt werden könne.

Für den Bereich Green IT sei im Bericht der Landesregierung angegeben, dass die Kompetenzstelle Green IT seit Aufnahme ihrer Arbeit im April 2015 eine Vielzahl von Aktivitäten angestoßen und zuvor beschriebene Maßnahmen gestartet habe, bzw. die Maßnahmen befänden sich noch in der Konkretisierung. Diese Angaben seien ihm nicht konkret genug. Er bitte um eine Darstellung, welche Aktivitäten zur Zeit liefen, bzw. ob bisher nur eine Konzeption erarbeitet worden sei, und welche Maßnahmen zukünftig durchgeführt werden müssten.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP frage, ob bei der Angabe, die Ökobilanz sei durch die Umstellung des Stroms auf Ökostrom verbessert worden, das Bestellverhalten zugrunde gelegt worden sei oder woher die Daten kämen, ob es die Möglichkeit gebe, nur aus bestimmten Quellen Strom zu beziehen.

Sie brachte vor, noch sinnvoller als die Nutzung von E-Bikes sei die Nutzung herkömmlicher Fahrräder, da E-Bikes Strom benötigten, der auf diese Weise auch eingespart werden könne. Sie schlage vor, am Landtag die Möglichkeit zu schaffen, Leihfahrräder nutzen und abstellen zu können, wie es an anderen Standorten in der Stadt möglich sei.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erklärte, die Landesregierung habe ihren Strombezug in der letzten Legislaturperiode umgestellt. Da der Strommix in Deutschland bekannt sei, könne genau berechnet werden, wie hoch der CO₂-Anteil des bezogenen Stroms sei. Bei einer Umstellung des Stroms auf 100 % Ökostrom gebe es eine entsprechende Reduktion der CO₂-Emissionen. Allerdings sei dies ein Einmaleffekt, der nicht mehr in die nächste CO₂-Bilanz einfließen werde.

Zum Thema „Green IT“ schlage er vor, dem Ausschuss die Landesstrategie „Green IT 2020“, in der Maßnahmen und Empfehlungen enthalten seien, zukommen zu lassen.

Ebenso schlage er in Bezug auf die Frage des Abgeordneten der SPD zum Potenzial von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden des Landes vor, die verfügbaren Zahlen schriftlich nachzuliefern. Verantwortlich dafür sei die Hochbauverwaltung des Landes, die Zahlen stammten vom Finanzministerium. Er merke an, dass das Land die Dächer nicht nur für eigene Anlagen nutzen könne, sondern auch die Möglichkeit habe, Dächer für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Frage nach dem Hocheffizienzpumpen-Programm bitte er, sich direkt an das Finanzministerium zu wenden; auch dies liege in der Verantwortung der Hochbauverwaltung Baden-Württembergs.

Dem Vorschlag, innerdeutsche Flugreisen durch Bahnreisen zu ersetzen, halte er entgegen, dass etwa 75 % der hier diskutierten Flugkilometer aus Interkontinentalflügen stammten. Dies zeige, dass die gestiegene Anzahl von Flugreisen und damit die gestiegenen CO₂-Emissionen eine Folge der Internationalisierung im Hochschulbereich sei. Unabhängig davon prognostiziere das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), dass es im Jahr 2030 70 Millionen zusätzliche Flugpassagiere in Deutschland geben werde.

Bezüglich der Landesliegenschaften verweise er auf den Energiebericht des Finanzministeriums, der kürzlich veröffentlicht worden sei und auf der Homepage des Finanzministeriums aufgerufen werden könne. Aufgrund der finanziellen Lage des Landes seien die Voraussetzungen momentan eigentlich günstig, um Investitionen zu tätigen. Auf der anderen Seite seien die Energiepreise zu niedrig, eine Investition lohne sich daher nicht unbedingt. Dieses Problem trete im gesamten Gebäudesektor auf, nicht nur bei der Landesverwaltung. Die Sanierungsquoten seien aufgrund der verhältnismäßig niedrigen Öl- und Gaspreise zu gering.

Das Contracting habe in den letzten Jahren zugenommen. Ob ein Projekt für einen Contractor interessant sei, hänge aber immer auch von dem jeweiligen Projekt ab. Die Hochbauverwaltung des Landes setze oftmals keinen Contractor ein, wenn sich ein Incontracting für sie lohne. Auch wenn die Vor- und Nachteile abgewägt werden müssten, halte er den Einsatz eines Contractors grundsätzlich für sinnvoll, da er dies als Gewinn für das Land sehe. Ein Contractor habe immer das Interesse, das eingesetzte Kapital möglichst kurzfristig wieder zurückzuerhalten. Dies sei nur möglich, wenn die Effizienzpotenziale möglichst optimal ausgenutzt würden.

Das Umweltministerium sei zu diesem Thema u. a. auch mit dem Finanzministerium im Gespräch. Seines Erachtens werde es hier in den nächsten Jahren eine Reihe von positiven Entwicklungen geben.

Der schon zu Wort gekommene Abgeordnete der SPD erinnerte an seine Frage, wie hoch der Anteil der Flüge der Landesregierung, also der Ministerien, sei, und ob es einen Zuwachs gegeben habe.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft entgegnete, wenn Zahlen dazu vorhanden seien, liefere er sie nach. Beispielsweise hätten in den ersten zwei Jahren nach dem Regierungswechsel im Jahr 2011 so gut wie keine Interkontinentalflüge der Landesregierung stattgefunden, da die Arbeiten erst hätten anlaufen müssen. Als der Ministerpräsident des Landes Bundesratspräsident gewesen sei, habe es z. B. mehr Flüge gegeben.

Ein Vertreter im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft ergänzte, es gebe bei den Ministerien relativ große Schwankungen, wie viele Flugreisen im Jahr unternommen würden. Eine neu gewählte Regierung fliege in der Regel weniger als eine schon etablierte Regierung. Aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums könne keine Tendenz abgelesen werden. Mitarbeiter einer der Universitäten des Landes flögen beispielsweise jedes Jahr insgesamt etwa 20 Millionen Flugkilometer. Im Vergleich dazu liege die Anzahl an Flugkilometern des Umweltministeriums bei 0,5 Millionen Flugkilometern im Jahr.

Einvernehmlich beschloss der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/2089 Kenntnis zu nehmen.

19. 06. 2017

Daniel Born